

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 28.01.2026 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:17

Vorsitz

Bürgermeister Vincent Endereß

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Dr. Thomas Bremen
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Johannes Woike

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Sandra Niklaus

Vertretung für Stv. Haesen

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat

AfD-Fraktion

Stv. Monika Birk
Stv. Thomas Ringel

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom
Stv. Corinna Heindl

Vertretung für Stv. Günther

Die Linke

Stv. Tobias Rath

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Bürger Union

Stv. Harald Giebels

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StR'in Anja Esser

Der Vorsitzende Bgm. Vincent Endereß eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm. Endereß verweist auf einen Dringlichkeitsantrag der WLH-Fraktion vom 26.01.2026 bezüglich der Einrichtung einer AG Rathausneubau. Da die Thematik ohnehin auf der Tagesordnung des Rates am 03.02.2026 steht, schlägt er vor, diesen in diese Sitzung zu verweisen.

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion.

Es herrscht Einvernehmen unter den Mitgliedern des Rates, den Antrag der WLH-Fraktion in die Sitzung des Rates am 03.02.2026 zu verweisen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Bürgerantrag der Bürgerinitiative Straßenausbaubeiträge (BIS) vom 11.01.2026 hier: Erschließungsstraßen in Haan Vorlage: 10/027/2026

Beschluss:

Der Bürgerantrag der Bürgerinitiative vom 11.01.2026 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung (SPA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Bürgerantrag der DJK Unitas vom 19.01.2026
hier: Einführung eines individuellen Ampelmännchens in Haan
Vorlage: 10/028/2026

Beschluss:

Der Bürgerantrag der DJK Unitas vom 19.01.2026 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Mobilität (UMA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4./ Schadensereignisse städtische Gesamtschule und GGS Bollenberg
hier: Sachstand und Stellungnahme zu den Anträgen der Bürger Union
vom 29.12.2025 und 07.01.2026
Vorlage: 65/001/2026

Protokoll:

Bgm. Endereß verweist auf die vorliegenden Anträge der politischen Fraktionen (*siehe Ratsinfosystem – TOP 4*). Er teilt mit, dass mittlerweile zwei Tatverdächtige ausgemacht werden konnten. Sobald hierzu neue Erkenntnisse vorlägen, welche seitens der Verwaltung geteilt werden dürfen, würden diese selbstverständlich mitgeteilt werden.

Techn. Dez. Horst erläutert den aktuellen Sachverhalt, weist jedoch darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um einen Zwischenstand handelt.

Bezüglich der Gesamtschule führt er aus, dass vier WCs, vier Rauch- und Brandschutztüren, 12 Oberlichter sowie 13 Bürotüren beschädigt worden seien. Bezüglich der beschädigten Deckenplatten könne bezüglich der Anzahl noch keine genaue Aussage getroffen werden. Weiterhin sei es an Schaltkästen zu Wasserschäden gekommen. Ebenso seien zwei Mischpulte in der Aula zerstört worden, sowie erhebliche Schäden an Büromöbeln und Bodenbelägen festgestellt worden.

Bezüglich der Grundschule Bollenberg teilt er mit, dass es Beschädigungen an der Tür zum Nebeneingang, Installationen, Türen, Decken, Böden, technischen Einbauten sowie den Fenstern im Bereich der Schulleitung gegeben habe, wobei er dazu betont, dass hier die Aufnahme der Beschädigungen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sei.

Stv. Giebels bedankt sich für den Bericht der Verwaltung. Er möchte wissen, ob die Schäden bereits finanziell beziffert werden können. Er verweist hierzu auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen und dass es wichtig sei, hier einen entsprechenden Betrag einzuplanen, um die Schäden schnell und effektiv beseitigen zu können. Weiterhin verweist er bezüglich der Gesamtschule auf die anstehenden Abiturprüfungen und fragt an, ob diese räumlich gefährdet seien.

Techn. Dez. Horst erläutert, dass aktuell keine Informationen vorlägen, dass es diesbezüglich Einschränkungen gebe, daher gehe er davon aus, dass die Prüfungen wie geplant stattfinden können. Bezüglich einer finanziellen Bezifferung könne er jedoch noch keine Aussage treffen, da die Aufnahme der Schäden noch nicht in Gänze abgeschlossen sei und zudem das Versicherungsverfahren noch in Klärung sei.

Bgm. Endereß bestätigt, dass die Abiturprüfungen in der Gesamtschule nicht gefährdet seien. Die Wasserschäden seien lediglich in einem sehr begrenzten Bereich aufgetreten. Die anfallenden Personalkosten der involvierten Personen würden selbstverständlich erfasst. Die Verwaltung werde schauen, wie die Ereignisse entsprechend im Haushalt eingeplant werden können.

Stv. Lukat verweist auf die vorliegenden Anträge und die teilweise Forderung nach Schutzstandards. Diese sollten jedoch in nicht öffentlicher Sitzung diskutiert werden, weshalb sie zu dieser Thematik um eine nicht öffentliche Vorlage bittet. Hier müsse geklärt werden, was Sinn mache, um einen möglichst großen Schutz zu bieten. Sie weist darauf hin, dass es im Landesdatenschutzgesetz bereits Ausführungen bezüglich der Videoüberwachung im öffentlichen Raum gebe.

Bgm. Endereß bestätigt, dass die Verwaltung hierzu eine entsprechende Vorlage erstellen und zu gegebener Zeit dem Fachausschuss vorlegen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstand sowie die Stellungnahme zu den Anträgen der Bürger Union vom 29.12.2025 und 07.01.2026 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Abbau einer Betreuungsgruppe (Gruppenform I - Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Schuleintritt) in der städtischen Kita Am Sandbach
Vorlage: 51/003/2025**

Protokoll:

1. Bgo. Herz verweist auf die Sitzungsvorlage und die Diskussionen in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.12.2026. Inzwischen seien alle noch offenen Anfragen beantwortet und die finanziellen Auswirkungen der Informationsvorlage ergänzt worden. Wie angekündigt habe es zudem einen weiteren intensiven Austausch mit dem Jugendhilfeplaner gegeben, welcher zum Ergebnis hätte, dass die Verwaltung im nächsten Sitzungszyklus den Vorschlag zum Abbau einer Betreuungsgruppe machen muss. Die Informationsvorlage war u.a. auch als frühzeitiger Hinweis für die Eltern gedacht, um so auch auf diesem Wege möglichst alle Beteiligten transparent über mögliche Veränderungen zu informieren.

Stv. Blossy erkundigt sich nach den konkreten Zahlen zu den Überbelegungen. Die SPD-Fraktion würde ihre Entscheidung davon abhängig machen.

1. Bgo. Herz teilt mit, dass es im Grundsatz keine geplanten Überbelegungen gäbe. Im nächsten Jahr würden sich nach aktuellem Sachstand sieben Überbelegungen ergeben, hierzu werde jedoch nochmal konkret bei den betroffenen Trägern nachgefragt und ein entsprechender Vermerk in das Protokoll der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses als ergänzender Hinweis aufgenommen. Auch die evangelische Kirche plane größere Umstrukturierungen. Die Verwaltung befinde sich stets im engen Austausch mit allen Trägern.

Stv. Lukat bedankt sich für die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen. Sie verweist zudem auf einen Zeitungsartikel vom 26.01.2026 bezüglich eines Falles in Wuppertal, wo es zu einem interkommunalen Kostenausgleich gekommen sei.

1. Bgo. Herz erläutert, dass die Verwaltung der Wuppertalerin schon mehrfach erläutert habe, dass die Aufnahme eines gemeindefremden Kindes grundsätzlich nur auf der Basis des vom Rat der Stadt Haan beschlossenen Kriterienkataloges möglich sei. Die Kriterien für ihr Kind sind jedoch nicht erfüllt. Zudem sei die Frage des interkommunalen Austausches mit der Stadt Wuppertal entgegen der Veröffentlichung noch ungeklärt. Selbst wenn der interkommunale Ausgleich gezahlt wird, ist dieser für die Stadt Haan nicht kostendeckend. Der Rechtsanspruch auf eine Betreuung richte sich grundsätzlich an die eigene Heimatgemeinde. Die Stadt Haan sei verpflichtet, für die Haaner Kinder hinreichende Platzkapazitäten zu schaffen.

Bgm. Endereß ergänzt, dass um jeden Kita-Platz gekämpft werde. Er bittet dahingehend um Vertrauen in die Arbeit des Jugendamtes, dass Entscheidungen im Vorfeld gut geprüft und wohl überlegt seien. Es sei jedoch auch so, dass die Geburtenraten aktuell sinken.

Stv. Blossy teilt mit, dass die neuen Zahlen nochmals innerhalb der Fraktion geprüft werden müssten und meldet daher zu diesem TOP Beratungsbedarf für die SPD-Fraktion an.

Stv. Dröttboom verweist auf mögliche Bauvorhaben und ob diese in den Planungen berücksichtigt würden.

1. Bgo. Herz führt hierzu aus, dass diese in die Überlegungen für die Kita-Bedarfsplanung selbstverständlich einbezogen würden. Die Geburtenrate sowie die Quote der Inanspruchnahme würden jedoch zurück gehen. Sie versichert, dass die Verwaltung die Entwicklung engmaschig im Blick habe. Momentan würde es sich auch eher um eine Passivierung von Plätzen handeln, welche bei entsprechendem Bedarf jedoch wieder hochgefahren werden könne. Näheres hierzu sei der Kita-Bedarfsplanung zu entnehmen, über die der JHA und Rat im nächsten Sitzungszyklus zu entscheiden habe.

Stv. Ruppert erläutert, dass das Thema mit sehr viel Emotionalität aufgeladen sei. Insgesamt hätten die Ausführungen der Verwaltung auch aus wirtschaftlicher Sicht überzeugen können, so dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen könne.

Stv. Giebels führt aus, dass die Bürger Union ihre Bedenken zur Schließung geäußert habe. Diese seien aus deren Sicht auch weiterhin nicht in Gänze ausgeräumt. Eltern würden durch Schließungsmeldung in ihrer Entscheidung beeinflusst, was unglücklich sei. Das Verfahren müsse insgesamt beschleunigt werden, um so den Eltern frühzeitig Klarheit zu geben.

Bgm. Endereß bekräftigt, dass genau aus diesem Grund im Dezember frühzeitig informiert worden sei. Die Verwaltung plane aktuell keine Stellen abzubauen, um möglichst flexibel reagieren zu können. Man gehe hier nicht hart mit dem Bedarfsrechner an die Personalsituation.

1. Bgo. Herz ergänzt, dass die Verwaltung niemand mit der Situation alleine lassen möchte und alle Eltern mitgenommen werden sollen.

Stv. Kaimer erläutert, dass aufgrund der Zahlen die Gruppe, allein schon aus finanziellen Gründen, nicht dauerhaft aufrecht erhalten bleiben könne. Es sei jedoch wichtig, dass alle Haaner Kinder einen Platz bekommen könnten.

Stv. Lukat bittet die Verwaltung, die Ausführungen zur Sitzung des Rates nochmal zu verschriftlichen sowie eine Aufschlüsselung über die gemeindefremden Kinder und einem interkommunalen Ausgleich vorzulegen.

1. Bgo. Herz teilt mit, dass das Jugendamt aktuell sehr ausgelastet sei und es daher schwierig sei, entsprechende Zahlen zur Sitzung des Rates zu liefern. Die Verwaltung versuche jedoch zum nächsten Jugendhilfeausschuss entsprechendes vorzulegen.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung für den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Übersicht über die Interkommunale Zusammenarbeit bei der Stadt Haan
Vorlage: 10/023/2026**

Beschluss:

Der HFA nimmt die Ausführungen der Verwaltung über die weitere Vorgehensweise im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der
Stadt Haan
Vorlage: 10/022/2026**

Protokoll:

Stv. Niklaus möchte wissen, wo das zentrale IT-Budget behandelt würde und was in diesem Zusammenhang unter „von besonderer Bedeutung“ zu verstehen sei.

Bgm. Endereß teilt mit, dass „von besonderer Bedeutung“ unter die Einschätzung des Verwaltungsvorstandes falle. Digitalisierung sowie das IT-Budget werde zukünftig im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung (AWDV) behandelt.

Beschluss:

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Rates der Stadt Haan gem. Anlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. Endereß verweist auf die vorliegenden Anfragen. Diese konnten zur Sitzung nicht alle beantwortet werden, würden jedoch zu Protokoll beantwortet (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 8*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

9./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Kaimer teilt mit, dass es einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen bezüglich der Kreisumlage geben wird.

Stv. Giebels teilt mit, dass der Bereich um die Altglas Container am Karl-August-Jung-Platz wieder gut und aufgeräumt aussehe.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.